

NIEDERSCHRIFT

über die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises in der 11. Wahlperiode 2019/2024

in Göllheim, Haus Gylenheim

am Dienstag, 16. Juni 2020, 15.00 Uhr

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Julia Mayer

Teilnehmer/innen: siehe Anwesenheitsverzeichnis

I. Eröffnung und Begrüßung:

Landrat Rainer Guth eröffnet die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des Donnersbergkreises und begrüßt die Anwesenden.

II. Tagesordnung:

A) Öffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung vom 02.12.2019
2. Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan 2020
3. Berichte aus der Arbeit des Jugendamtes in der gegenwärtigen Corona-Situation
4. Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung vom
02.12.2019

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth verweist auf die Niederschrift und fragt nach Änderungswünschen. Solche werden nicht geäußert.

II. Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises genehmigt einstimmig die Niederschrift der 2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.12.2019.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan 2020

I. Sachverhalt:

Landrat Rainer Guth: „Das Jugendamt hat nach dem Kindertagesstättengesetz zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz in einem jährlich fortzuschreibenden Bedarfs- und Bestandsplan festzulegen, in welchen Gemeinden und in welcher Art, Anzahl und Größe Kindertagesstätten unter Berücksichtigung voraussehbarer Entwicklungen vorhanden sein müssen.

Er beinhaltet neben den notwendigen Teilzeitplätzen mit Vor- und Nachmittagsangebot auch Plätze mit einem verlängerten Vormittagsangebot bis teilweise 14.00 Uhr bzw. über Mittag mit Mittagessen (Ganztagsplätze). Die Betreuung der Kinder findet je nach Alter in Regelkindergartengruppen, geöffneten Kindergartengruppen, kleinen altersgemischten Gruppen und Krippengruppen statt.

Im Kindergartenjahr 2020/21 stehen insgesamt 3.363 Plätze in den Kindertagesstätten im Donnersbergkreis zur Verfügung. Hiervon können 396 Plätze mit Kindern ab dem 2. Lebensjahr und bis zu 561 Plätze mit Kindern ab dem vollendeten 1. Lebensjahr belegt werden.

Insgesamt werden die Änderungen im neuen Kindergartenjahr 2020/21 in den Kindertagesstätten einen Stellenmehrbedarf von 15,83 Vollzeitstellen auslösen.

Das durch den Bedarfsplan ermittelte Mehrpersonal wird für den Donnersbergkreis für das Jahr 2020 Mehrkosten in Höhe von rund 184.000 € auslösen, davon rund 30.500 Euro für den Ganztagsbereich. Im Jahr 2021 werden sich die Mehrkosten nach derzeitigem Planungsstand auf 407.000 € belaufen.“

Christa Mayer (SPD) erscheint zur Sitzung.

Nach ausführlicher Diskussion und Klärung aller Fragen stellt Landrat Rainer Guth den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

II. Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss des Donnersbergkreises beschließt den Kindertagesstättenbestands- und Bedarfsplan für das Jahr 2020 in der vorgelegten Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Zu Punkt 3 der Tagesordnung: Berichte aus der Arbeit des Jugendamtes in der gegenwärtigen Corona-Situation

Stefan Balzer (Kreisjugendpfleger) Silvia Rosenbaum (Allgemeiner Sozialer Dienst) und Heike Frey (Abteilungsleiterin Jugend, Familie und Sport) informieren über die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeit des Kreisjugendamtes.

Stefan Balzer (Kreisjugendpfleger) berichtet, man habe versucht, die seit März zunächst untersagten Angebote in der Kinder- und Jugendarbeit durch Online-Präsenz und telefonische Beratung auszugleichen. Mittlerweile seien unter entsprechenden Auflagen wieder persönliche Begegnungen möglich. Die für die Sommerferien geplanten Veranstaltungen sollen stattfinden, sofern die vorgeschriebenen Hygienemaßnahmen dies erlauben, andernfalls will man Ersatz schaffen.

Christa Mayer (SPD) informiert, für sie als Schulleiterin, seien die Angebote und die generelle Unterstützung sowie die vorgeschlagenen Ideen sehr positiv und gut umsetzbar gewesen.

Landrat Rainer Guth bedankt sich ebenfalls bei den Trägern der freien Jugendhilfe für ihren Einsatz.

Stefan Balzer sichert zu, die von Simone Huth-Haage (CDU) gestellten Fragen mit dem Team der Sozialarbeit genauer zu eruieren und das Ergebnis in der Niederschrift nachzureichen.

Frage: Inwieweit mussten die Schulsozialarbeiter*innen in der Zeit der durch die Corona-Infektionsschutzmaßnahmen bedingten Schulschließungen vermehrt aufsuchend tätig werden (insbesondere Hausbesuche)?

Antwort: Aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen war seitens der Kreisverwaltung über die eigene Internetseite auf das telefonische Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche sowie deren Personensorgeberechtigte hingewiesen worden. Von Seiten der Schulsozialarbeiter*innen wurden zudem zielgerichtet telefonische Kontakte zu Kindern und Jugendlichen so-

wie deren Personensorgeberechtigten aufgenommen, bei denen davon ausgegangen werden konnte, dass entsprechende Unterstützungsbedarfe vorhanden sind. Vermehrte Hausbesuche gegenüber dem gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres waren insbesondere an zwei Schulstandorten erforderlich, da hier zu einigen Familien zunächst kein telefonischer Kontakt hergestellt werden konnte.

Frage: Inwieweit haben die Schulsozialarbeiter*innen von nicht ausreichenden technischen Ausstattungen zum Fernunterricht innerhalb der familiären Haushalten erfahren?

Antwort: Nach Rückmeldungen der Schulsozialarbeiter*innen wurden die Schulmaterialien häufig als digitale Dateien usw. von den Lehrkräften an die Personensorgeberechtigten weitergeleitet. Es habe sich herausgestellt, dass zahlreiche Familien jedoch nicht über die entsprechenden Geräte zur Bearbeitung der digital übermittelten Schulunterlagen verfügen. Seitens der Lehrkräfte seien dann entsprechende Unterlagen in Papierform vorbereitet und diese von den Personensorgeberechtigten abgeholt oder per Post an diese weitergeleitet worden.

Pascal Wilking bedankt sich für die Arbeit, auch die Arbeit des Gesundheitsamtes sei in dieser Zeit sehr lobenswert gewesen. Als Träger von Ferienangeboten könne er bestätigen, dass das Angebot von Übernachtungen im Ferienprogramm während der Corona-Krise schwierig umzusetzen sei, da die Übernachtungsmöglichkeiten größten Teils von den Betreibern abgesagt worden seien und Alternativen kaum zu finden seien. Das Land Rheinland-Pfalz habe die Zuschussmittel für soziale Bildung in den Sommerferien von drei auf vier Euro erhöht. Er möchte wissen, ob eine Mittelerhöhung der Kreiszuschüsse nach Landesvorbild vorstellbar sei.

Die Naturfreundehäuser könnten wie Jaqueline Rauskolb (SPD) informiert, eine Möglichkeit oder Alternative Übernachtungsmöglichkeit für das Ferienangebot sein.

Heike Frey (Abteilungsleiterin Jugend, Familie und Sport) informiert, bezüglich der Zuschussmittel habe man sich bereits überlegt, den Veranstaltern Corona-bedingt einen pauschalen Zuschlag zu gewähren.

Silvia Rosenbaum (Referatsleitung Allgemeiner Sozialer Dienst) informiert, dem Team und seinen Kooperationspartnern sei wichtig gewesen, trotz der Schutzmaßnahmen Kontakt zu halten und auch Vor-Ort-Besuche nicht ganz einzustellen. Auch wenn die Zahlen während der Corona-Krise zum jetzigen Zeitpunkt entgegen aller Erwartungen nicht gestiegen seien, dürfe keine Familie verloren gehen.

Gudrun Kauk (CDU) erscheint zur Sitzung.

Wie Heike Frey (Abteilungsleiterin Jugend, Familie und Sport) berichtet, stellte die Schließung von Schulen und Kitas, die Mitte März in Kraft trat, eine besondere Herausforderung dar. Die Organisation der Notbetreuung, viele Rückfragen von Kitas, Trägern und Eltern, dazu fast 40 Informationsschreiben des Landesjugendamtes bzw. des Sozialministeriums Bildungsministeriums mit sich ständig verändernden Vorschriften habe viel Zeit gekostet. Der enge Kontakt zu allen Beteiligten sei jedoch sehr hilfreich gewesen. Mittlerweile seien alle 52 Kitas im Kreis zurück im eingeschränkten Regelbetrieb und rund 65 % der Kinder hätten das Angebot genutzt.

Sorge bereite nach wie vor das neue Kita-Gesetz. Das Kita-Personal werde nach der neuen Gesetzeslage zu einem erheblichen Anteil nach sozialräumlichen Kriterien bemessen, für die jedes Jugendamt zuvor eine tragfähige Sozialraumkonzeption erstellen müsse. Die Corona-Krise habe auch den Fachkräfte-Mangel verstärkt. Die Zahl der Erzieher und Erzieherinnen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe nicht im Dienst sind, belaufe sich aktuell auf ca. 17,5 % der Vollzeitäquivalente.

Claudia Manz-Knoll (SPD) bedankt sich für die Beratungen des Gesundheitsamtes auch an den Wochenenden und Feiertagen sowie generell nach 18 Uhr. Sie spricht sich dafür aus, die Kindergartenbeiträge anzupassen und den Eltern lediglich die in Anspruch genommenen Tage der Kinderbetreuung zu berechnen.

Maik Heinrich kann dem nur zustimmen, die Eltern sollten nicht die gesamten Kindergartenbeiträge bezahlen müssen.

Landrat Rainer Guth und Heike Frey sind sich einig, eine einheitliche Anpassung der Beiträge sei äußerst schwierig und könne leider nicht gestemmt werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Mitteilungen und Anfragen

Monika Steingaß (Referatsleiterin Kindertagesstätten) informiert über einen neuen Bildungsgang an der BBS Donnersbergkreis, der dem Fachkräfte-Mangel ebenfalls Abhilfe schaffen soll. Ab dem neuen Schuljahr könne die Erzieher-Ausbildung am Standort Alsenz auch berufsbegleitend absolviert werden. Nicht nur die finanzielle Unabhängigkeit während der Ausbildung sei attraktiv, sondern auch die unmittelbare Verknüpfung von Theorie und Praxis. Voraussetzung für einen solchen Schulplatz sei der Ausbildungsvertrag mit einer mehrgruppigen Einrichtung. Einige wenige Plätze seien noch zu vergeben.

Hannah Gelbert (Bündnis 90/Die Grünen), Claudia Manz-Knoll (SPD) und Gudrun Kauk (CDU) begrüßen den neuen Bildungsgang ausdrücklich.

Annemarie Wilding weist darauf hin, mit dem Programm „Hits für Kids“ könne der Kreis nach Antragsstellung bei der AOK einen Zuschuss erhalten.

Landrat Rainer Guth dankt den Anwesenden für ihre Mitarbeit und schließt um 17.40 Uhr die Sitzung.

gez.
Vorsitzender
(Rainer Guth)

gez.
Schriftführerin
(Julia Mayer)

Weiter anwesend: siehe Anwesenheitsverzeichnis

ABSCHLUSS

Tag der Einladung: 05.06.2020

Tag der Sitzung: 16.06.2020

Sitzungsort: Kirchheimbolanden, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 15.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.40 Uhr

Zahl der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 35

Zahl der anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 28

Zahl der abwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses 7

Vorsitzender: Landrat Rainer Guth

Schriftführer/in: Julia Mayer